

BVL sieht keine Gefahr für Bienen durch Wiedezulassung clothianidinhaltiger Pflanzenschutzmittel

Wachtberg, 16.07.2008: Angesichts der Ankündigung einer Großdemonstration von Imkern am 18.07.2008 in Braunschweig und des wachsenden Widerstandes von Seiten der Imkerschaft und Naturschutzorganisationen hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Braunschweig, am 15.07.08 zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Rapssaatgutbeize eingeladen. Neben dem Julius Kühn-Institut (JKI) waren Vertreter des Deutschen Imkerbundes e. V., des Deutschen Berufs- und Erwerbs Imker Bundes e. V., der Bieneninstitute der Länder sowie Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter, der Rapszüchter und der landwirtschaftlichen Praxis anwesend.

Auf der Veranstaltung wiederholte die Behörde ihre Feststellung, dass es sich bei den Ursachen, die im April/Mai zum größten dokumentierten Vergiftungsfall bei Bienen in Deutschland führten, um ein spezifisches Problem bei Maissaatgut und der bei der Maisaussaat verwendeten Geräte gehandelt habe, das sich nicht auf andere Saaten übertragen lasse. Deshalb habe das BVL das vorsorglich angeordnete Ruhen der Zulassungen von Rapsbehandlungsmitteln – unter Erteilung von Anwendungsbestimmungen – wieder aufgehoben. Weiter teilte das BVL mit, dass bisher die Frage nicht gelöst sei, mit welchen Managementmaßnahmen die erforderliche Sicherheit bei der Behandlung und Aussaat von Maissaatgut erreicht werden könne. Das BVL setze sich intensiv mit diesem Problem auseinander und werde voraussichtlich im Herbst über eine fundierte Entscheidungsgrundlage für weitere Maßnahmen verfügen. Bis dahin bestehe für die Mittel zur Behandlung von Maissaatgut das Ruhen der Zulassung fort. Das BVL versicherte den Anwesenden, zukünftig verstärkt Versuche und Prüfungen zu unternehmen, damit sich Vergiftungsfälle wie in Baden und Bayern nicht wiederholen. Die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP) übergab eine Liste der Rapssaatgutvermehrungsbetriebe, bei denen sich Imker informieren können. Die Anschriften der landwirtschaftlichen Betriebe wurden den Imker-/Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

Die Aufhebung des Ruhens der Zulassungen für Rapsbehandlungsmittel wurde von den Vertretern der Imkerschaft zwar akzeptiert, gleichzeitig aber nochmals kritisiert, dass die Behörde vor Wiedezulassung keine Informationen an alle Betroffenen gegeben hat. „Vertrauensbildende Maßnahmen, wie sie jetzt stattfinden, kommen für Baden-Württemberg und Bayern zu spät.“ so D.I.B.-Präsident Anton Reck.

Angesprochen wurden während der Veranstaltung von Seiten der Imkerschaft außerdem die seit Jahren schleichenden und bisher nicht geklärten Flugbienenverluste in Deutschland. Es wurde vereinbart, zukünftig die Zusammenarbeit zwischen den Imkern und der landwirtschaftlichen Praxis sowie dem JKI zu intensivieren und die Kommunikation auszubauen. Das JKI will sich in Zukunft verstärkt um das Problem kümmern.

Kontakt:

Petra Friedrich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutscher Imkerbund e. V.

E-Mail: DIB.Presse@t-online.de, Internet www.deutscherimkerbund.de

Tel. 0228/9329218 o. 0163/2732547